

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

37 (6.2.1920) Erstes Blatt



Wiederherstellung  
in Karlsruhe frei ins Haus  
geliefert monatlich 2,40 M.,  
vierteljährlich 7,20 M., an  
den Ausgabestellen abgeholt  
monatlich 2,30 M.  
Auswärts am Wochenalter  
abgeholt monatlich 2,80 M.,  
vierteljährlich 8,40 M., durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
2,65 M., vierteljährlich 7,95 M.

Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Kiltierstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Angaben:  
Die Geschäftsstelle  
über deren Namen die  
Reklamerei 2. - 21. an  
erster Stelle 2,50 M.  
Nacht nach Tarif.  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags.  
Kleinere Anzeigen bis  
bis 4 Uhr nachmittags.

Benachrichtigungen:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Karlsruhe, Nr. 207.  
Schriftleitung: Nr. 209, 211.

Verantwortlich für Politik: Martin Goltzner; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Schulwesen: Carl Hessemer und Hermann Weid; für Anzeigen: Paul Kuhnmann  
Druck und Verlag: C. F. W. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe, Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Regentstraße 65/66, Teleph.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte  
oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 37.

Freitag, den 6. Februar 1920

Erstes Blatt.

## Präsidenten-Möglichkeiten.

(Von unserem Neuborster Korrespondenten.)

v.-l. Neunorf, 19. Januar.

Die Parteitage, deren Aufgabe es ist, die Programme und die Kandidaten für die Präsidentenwahl auszusuchen, finden im Hochsommer statt. Es ist natürlich, daß schon jetzt die Bewerber um dieses wichtige Amt sich bemühen, Stimmung für sich zu machen. Ihre Zahl ist größer, als je zuvor, was wohl hauptsächlich daran liegt, daß auf keiner Seite ein Mann von so hervorragender Bedeutung vorhanden ist, daß er ohne weiteres auf die Wahrscheinlichkeit eines Sieges rechnen kann. Im Gegenteil wird es von Tag zu Tag klarer, daß die Auswahl insofern sehr beschränkt ist, als bis jetzt noch keine harte Persönlichkeit genannt wird.

Auf demokratischer Seite ist die Hauptfrage natürlich, ob Präsident Wilson wieder zu kandidieren beabsichtigt. Man weiß heute noch nicht, ob sein körperlicher Zustand das gestattet, und er selbst hat ohne sein Wort abgegeben, was seine Wünsche und Absichten sind. Da er bei dem Bankett, das die Demokraten alljährlich am Geburtstage ihres Schutzheiligen, Andrew Jackson, veranstalten, nicht erscheinen konnte, schickte er einen Brief, der aber auch in keiner Beziehung aufklärend wirkte. Der einzige wichtige Satz bestand in der Erklärung, der Friedensvertrag müsse ohne jede Veränderung ratifiziert werden, und es wäre wohl am besten, das Volk bei der nächsten Präsidentenwahl darüber entscheiden zu lassen. Präsident Wilson ist augenblicklich noch immer sehr überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit der Wähler auf seiner Seite steht, und läßt sich in dieser Ansicht durch nichts erschüttern. Uebrigens ist es ja auch beinahe selbstverständlich, daß der Vorschlag, den Vertrag abzuändern, nicht von ihm ausgehen kann, womit aber nicht gesagt ist, daß er ihn schließlich nicht unterzeichnen wird, wenn ein Kompromiß zwischen den streitigen Parteien zustande kommt.

Ganz unerwartet sprang der perennierende Präsidentenwahlkandidat William Jennings Bryan bei derselben Gelegenheit wieder in die Arena. Er stellt zwar in Abrede, daß er sich den demokratischen Wählern noch einmal zur Verfügung stellen möchte, aber er wird natürlich annehmen, wenn der Parteitag ihn auswählen sollte. Was so unmöglich ist das nicht, Bryan hat noch immer sehr viele Freunde und Anhänger, und gerade sein Bruch mit dem Präsidenten im Jahre 1915 hat ihm noch mehr gebracht. Seine Anhänger sind selbstverständlich fest überzeugt, daß alles, was nicht so gekommen ist, wie sie es wünschten, dadurch herbeigeführt wurde, daß er aus dem Kabinett schied, und sie möchten ihm nur zu gern die Gelegenheit geben, der Welt zu zeigen, daß er besser zu regieren versteht, als der jetzige Präsident. Uebrigens ließ Bryan wieder eine wunderbare Gelegenheit, sich zum Meister der Situation zu machen, unberührt vorübergehen. Statt eine bestimmte Stellung hinsichtlich des Friedensvertrages einzunehmen, behandelte er diese Frage mit den gewohnten Vorurteilen, die ihm so leicht von den Lippen fließen. Auch er hält es für gut, das Volk darüber abstimmen zu lassen, aber im allgemeinen hielt er sich alle Türen offen, um den Standpunkt einzunehmen, der ihm im geeigneten Moment als der populärste erweist. Es war eine böse Enttäuschung, daß er als den wichtigsten Punkt des Parteiprogramms, mit dem sich sicherlich der Sieg erheben ließe, die Forderung bezeichnete, die Bundesregierung solle im ganzen Lande Automobilstraßen bauen, und dieses Weg von Chausseen dann gewissermaßen als ein gewaltiges Siegesdenkmal „Den Freiheitsweg“ nennen. Der Eindruck ließ sich nicht verdrängen, daß Bryan demüht ist, die Führung der Partei den Händen des Präsidenten zu entwinden und selbst zu ergreifen. So wird sein Auftreten allem Anschein nach auch in Washington aufschlußreich. Uebrigens würde er schon dadurch viele Wähler verlieren, daß er den eigentlichen Anstoß zu der Einführung der Prohibition im ganzen Lande gegeben hat.

Der dritte Bewerber, der seine Wünsche offen eingestekt, ist James W. Gerard, der frühere Botschafter in Berlin. Ueber seine Qualifikation braucht nicht viel gesagt zu werden, denn man kennt ihn ja in Deutschland recht gut. Er erlaubte sich übrigens bei dem Jackson-Bankett einen recht gelungenen Scherz, indem er in seiner Rede erklärte, eigentlich gebühre die Präsidentschaft nicht ihm, sondern dem Manne, der in den letzten Jahren größere Beweise seiner Fähigkeit gegeben, als irgend ein anderer, nämlich Herbert C. Hoover. Es ist dies das erste Mal, daß man erfährt, daß Hoover Demokrat ist, denn bis jetzt war über sein politisches Glaubensbekenntnis nichts bekannt. Jedenfalls behält er die Taikraft und die Organisationsfähigkeit, die für einen Rekonstruktions-Präsidenten im höchsten Grade erwünscht sind. Ob er aber überhaupt annehmen würde, läßt sich noch nicht sagen.

Nebenbei sind auf demokratischer Seite noch der Marine-Sekretär Josephus Daniels und der Generalanwalt Palmer, der früher Verwalter des beschlagnahmten Eigentums feindlicher Ausländer war, im Felde. Des Präsidenten Schwiegersohn und früherer Schatzsekretär W. C. Clegg hielt sich von dem Bankett fern, muß aber ganz bedeutend in Rechnung gezogen werden.

## Die französisch-englische Nachsucht.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:  
Auch wer die persönlichen Gründe, die Herrn von Versner veranlaßt haben, jede Teilnahme an der Uebermittlung der Auslieferungsnote zu verweigern, anerkennt, muß zugeben, daß die Lage der Berliner Regierung erschwert worden ist. Denn ohne genaue Kenntnis der Note, die die Auslieferungsliste begleitet, sind natürlich keine Entscheidungen möglich. Wie man an maßgebender Stelle hörte, hatte Herr v. Versner die hiesigen Stellen auch nicht rechtzeitig auf seine Haltung vorbereitet, so daß der offizielle Gesandte Dr. Mayer in dieser kritischen Zeit Paris verlassen hatte, um dringende Privatangelegenheiten in Deutschland zu ordnen.

Man hat in der Wilhelmstraße, wie gestern mittag ausdrücklich von maßgebender Stelle betont wurde, damit gerechnet, daß Herr Dr. Mayer, der gestern nachmittag in Berlin erwartet wurde, noch am Abend nach Paris fahren würde, um dort die Note der Alliierten in Empfang zu nehmen und nach Berlin zu übermitteln. Es wurde ausgerechnet, daß die Note am Samstag veröffentlicht werden könnte. Auf denselben Tag waren die Führer der Parteien zu einer Besprechung mit der Regierung gerufen, und dabei sollte die Frage der Einberufung der Nationalversammlung, wie überhaupt die Stellungnahme zu der ganzen Auslieferungsfrage erfolgen. Wie wir in diesem Augenblick erfahren, hat Dr. Mayer es aber abgesehen, nach Paris zu fahren. Die Regierung hat sich seinen Gründen nicht verschließen können.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß eine Umbildung der Regierung auf breiterer Grundlage sehr wohl in Frage kommen kann. Im Augenblick aber wird man der Regierung Recht geben müssen, wenn sie Anspruch erhebt auf die ruhige, feste Unterfütterung der gesamten Bevölkerung, bis einigermaßen klare Aussichten vorhanden sind. Es muß betont werden, daß sämtliche verantwortlichen und höchsten Stellen der Regierung ihre feste Entschlossenheit bekundet haben, auf das Auslieferungsverlangen unter keinen Umständen einzugehen. Der Bevölkerung bleibt es überlassen, mit größtem Ernst die Bedeutung der Worte: „Unter keinen Umständen“ ihrerseits nachzuprüfen.

Ganz falsch wäre es in dieser kritischen Lage, von neuem Parteikämpfe zu entfesseln, etwa auch darüber, ob es richtig gewesen ist, im Juni den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Es darf nicht vergessen werden, daß gerade das jetzige geschäftliche Auslieferungsverlangen nur bestätigt, daß es auch im Sommer den Franzosen durchaus Ernst war, im Falle unserer Nichtunterzeichnung der Friedensbedingungen als Feinde in Deutschland einzumarschieren, was zu den schwersten innerpolitischen Folgen, besonders in Westdeutschland, geführt haben würde.

Heute dürfen wir wenigstens damit rechnen, daß Japan und Amerika das Auslieferungsverlangen überhaupt nicht unterzeichnet haben, ferner, daß Italien, offenbar unter finanziellem Druck und gegen sehr weite Kreise öffentlicher Meinung, im letzten Augenblick ihm beigetreten ist, und daß nicht nur in neutralen Ländern, sondern auch in England die Kritik an der französisch-englischen imperialistischen Nachsucht zunimmt.

Die deutsche Regierung hat zweifellos die Pflicht, diese Veränderung der Weltlage in Rechnung zu ziehen und jede Möglichkeit von weiteren Verhandlungen auch jetzt anzunehmen. Eine andere Frage ist es, ob die Regierung rechtzeitig und mit der nötigen Energie gegen das unerhörte Verlangen der Entente vorgeht. Sollte sich aber im ganzen deutschen Volke die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer neuen Regierung vertiefen, so ist dringend zu wünschen, daß dies ohne jede Neigung zum Radikalismus noch recht und nach links geschieht.

## Die Haltung des Reichsrats.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 5. Febr. (Wolff.) Der Reichsrat begann sich in einer Erklärung, die heute in öffentlicher Sitzung vom vorkünftigen Innenminister seine Verlesung wurde, zum Standpunkt der Reichsregierung in der Auslieferungsfrage. Weit entfernt, gefälligst französische Forderungen vor den Augen der deutschen Bevölkerung zu verurteilen, teilte der Reichsrat die Empörung des deutschen Volkes über die Annahme der Entente und erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen die dem deutschen Volke angebotene Sühne an den Gerechtigkeitsprinzip der Welt.

Er ist unzweifelhaft der bedeutendste der Männer, die in Frage kommen können, und es ist ganz leicht möglich, daß er sich absichtlich im Hintergrund hält, um im geeigneten Augenblick, wenn die anderen sich müde gekämpft haben, herauszutreten zu werden.

Eigentümlicherweise sind auf republikanischer Seite viel weniger Bewerber vorhanden, trotz-

## Die Meinung eines Regierungsmitglieds.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 5. Febr. (Wolff.) Wie die Blätter melden, äußerte heute ein Mitglied der Reichsregierung über den Standpunkt der Regierung zu der Auslieferung vor Vertretern der Presse u. a. folgendes: Wir befinden uns gegenwärtig in einer kritischen Situation, ähnlich der im Juni v. J. Wir haben damals unter dem Druck des drohenden Einmarsches uns entschlossen, zu unterzeichnen. Wir haben immer und immer wieder der Entente gegenüber betont, daß die Durchführung des Auslieferungsvertrages für uns und jede Regierung unmöglich wäre. Wir haben weiter den Versuch gemacht, die Bitte der Auslieferenden zu erhalten, damit wir selbst gegen die Schuldigen auftreten könnten. Im November 1919 haben wir dann versucht, durch Herrn v. Simson zu einer Verständigung zu gelangen. Jedemfalls ist die Reichsregierung einmütig der Ueberzeugung, daß eine Erfüllung des Auslieferungsbegehrens unmöglich ist, und daß in Deutschland auch keine andere Regierung denkbar ist und in der Lage wäre, das Auslieferungsbegehren zur Ausführung zu bringen.

## Notiz über die Unmöglichkeit der Auslieferung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 5. Febr. (Wolff.) Reichswehrminister Noske äußerte dem Berichterstatter der „Daily Mail“ u. a.: Ich habe vor ungefähr acht Tagen mit dem englischen Geschäftsträger über die Auslieferungsfrage gesprochen. In dieser Sache werde ich nicht das Geringste tun, um den Forderungen der Entente zu entsprechen, nicht, weil mir daran gelegen ist, den Frieden zu sabotieren, sondern weil kein Mensch in Deutschland in der Lage ist, diese Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Jeder Politiker, der in dieser Angelegenheit die Geschäfte der Entente betreiben wollte und so gegen die nationale Ehre verstoßen würde, wäre für alle Zeiten unmöglich. Die Truppe würde einem Befehl, bei der Auslieferung mitzugehen, niemals Folge leisten. Die Sachlage ist also so, daß, wenn ich und meine Ministerkollegen den Versuch machen würden, die Forderung der Entente zu erfüllen, die Regierung zurücktreten müßte. Wer dann regieren soll, kann ich mir nicht vorstellen. Eine parlamentarische Mehrheit, die die Geschäfte weiter führen will, wäre nicht vorhanden. Auch die Unabhängigen, die dazu vielleicht bereit wären, hätten keine Möglichkeit, die Auslieferung durchzuführen. Wer die Auslieferung versucht, würde den Bürgerkrieg entfesseln. Es kommt also darauf hinaus, daß die Entente die Regierung stürzt, ohne eine andere Leistungsfähige zu erhalten.

## Die Haltung der Militärs.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 5. Febr. Generalstabschef von Biloew erklärte in einer Unterredung, daß die Auslieferungsbestimmung eine Schmach sei, der sich kein Deutscher freiwillig fügen dürfte. Er würde sich unter keinen Umständen der Entente freiwillig zur Verfügung stellen. Generalstabschef von Willow glaubt im Namen der deutschen Seeräuber zu sprechen, die auf der Liste stehen.

## Zusammenrufung der Fraktions-Vorstände.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 5. Febr. (Wolff.) Auf Veranlassung der Reichsregierung treten am Samstag die Vorstände der Fraktionen der Nationalversammlung zusammen, um zu der Lage, die durch das Auslieferungsbegehren der Entente entstanden ist, Stellung zu nehmen.

## Das unangenehme Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 5. Febr. (Wolff.) In der Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten führte Ministerpräsident Millerand auf Grund des Textes der Artikel des Friedensvertrages, die sich mit der Auslieferung befassen, aus, daß das Dokument das wirksamste Mittel in die Hand gebe, diesem auch in Deutschland Nachdruck zu verschaffen. Er fügte hinzu, daß die Regierung entschlossen sei, die Durchführung des Vertrages mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern.

5. Berlin, 5. Febr. (Wolff.) Das Abt.-Abendblatt erzählt von diplomatischer Seite, daß die Entente durchaus nicht geneigt ist, hinter der Auslieferungsnote steht. S. A. wies der Vertreter Italiens, als die deutsche Note vom 25. Januar besprochen wurde, sehr nachdrücklich auf die Stichhaltigkeit der deutschen Vorstellungen hin und erklärte, daß seine Regierung an der Auslieferungsfrage nicht festhalte. Der japanische Botschafter trat sofort für eine Abänderung ein und schloß die englische Regierung noch damals eine entgegenkommende Haltung ein. Nur Frankreich bestand mit unerbittlicher Zähigkeit auf der alten Forderung, während selbst Rumänien und Serbien erklärt hatten, daß sie an ihrem Auslieferungsbegehren nicht unbedingt festhalten.

dem die Partei heute mit aller Sicherheit auf den Sieg rechnen kann. Bis zum November wird sich vieles ändern, jedoch sind die Aussichten so günstig, daß man meinen sollte, ein ganzes Heer von Kandidaten werde sich für den Staat melden. Bis heute hat indessen kein einziger Politiker von mehr als lokaler Bedeutung seine Absicht dazu kundgegeben. Im Vordergrund steht nur einer: General Leonard Wood, über dessen Tüchtigkeit als Soldat und Verwaltungsbeamter, wie über seine vortrefflichen Charaktereigenschaften kein Zweifel besteht. Er wird außerdem als Militär beträchtlich, weil er vom Präsidenten in ausgesprochener Weise zurückgelegt wurde, trotzdem er der älteste General der Armee ist. Was er als politischer Beamter in so hoher Stellung zu leisten imstande ist, weiß man freilich noch nicht, und an dieser Unsicherheit mag seine ganze Kandidatur, für die übrigens noch kein einflussreicher Politiker eingetreten ist, scheitern.

## Die deutsche Republik.

Dr. Heim

macht weiter von sich reden. Am Dienstag hatte er die Obmänner der Christlichen Bauernvereine nach München zu einer Generalversammlung einberufen, um über das Einigungsprogramm mit dem Bayerischen Bauernbund zu beraten. Dabei hielt Heim eine große Rede, in der er u. a. sagte:

Es muß Wirtschaftspolitik getrieben werden, wenn Europa nicht zugrunde gehen soll. Einer solchen Politik steht heute aber noch der Berliner Geist entgegen. Der politische und wirtschaftliche Zentralismus feiert Orgien in Berlin; er ist sozialistisch, und bürgerliche Parteien haben ihn mitgemacht. Kriegswirtschaften und Kriegsgesellschaften werden durch den Berliner Zentralismus bewirkt und die Korruption dazu. Wenn wir keine Neuwahlen bekommen, so rufen wir im Bauernbund das Volk zum Referendum auf. Wenn wir wieder zehn Stunden arbeiten, ist die Walfahrt gelöst und unser Kredit im Ausland wieder hergestellt. Heute sind wir noch mehr als im Kriege blockiert durch freilebende deutsche Arbeiter und auch durch Bayern, die nicht absterben wollen. Bitte Mailand wir mit unserer Versorgung am Ende, dann kommt der Kampf aller gegen alle. Wie die Auslieferung die Quellen unseres Wohlstandes verpfänden und eine Plantage des Auslandes werden. Dann ist endlich die Glückseligkeit da für unsere Arbeiter, wenn sie in fremdem Dienst fröhen müssen. Das Zentrum von heute ist das Zentrum der Erbsener und von vier Dutzend Parteiführern; es ist trotz aller Beschlüsse und Versicherungen zentralistisch.

Auf die in der letzten Zeit gegen ihn erhobenen Vorwürfe eingehend, erklärte Dr. Heim, er sei nicht Republikaner, aber Demokrat, und Demokrat könne man auch in der Monarchie sein. (Lebhafter Beifall.) Entschieden wies er die an seine Zusammenkunft mit französischen Offizieren gemachten Vorwürfe des Vaterlandsverrates zurück. Er sei mit Willen und Genehmigung der zuständigen Stellen mit diesen Herren zusammengelassen. Aus vaterländischen Gründen könne er nicht mehr sagen. Was sonst in diesem Zusammenhang von ihm gesagt werde, sei gemeine Verleumdung. Auf die Einigung mit dem Bauernbund eingehend, sagte er, daß wir stark seien, und daß die genauesten Bauernvereine heute noch ihren Klang haben, wir werden marischieren, und wir haben alle Veranlassung dazu. Wir werden dafür sorgen, daß man die weisse Fahne nicht in den Kot zieht! (Stürmischer Beifall.) Es laugen unsere Lagerstätten keine nicht für die Berliner Außenverge. (Stürmischer Beifall.) Wir lassen die Hand nicht aufhören gegen ein Eigentum, und wenn mir Herr Erbsener vor vierzehn Tagen mit Gewalt gedroht hat, wenn ich die Bewegung in Bayern fortsetze, so ist er ein Waisenknecht, wenn er glaubt, daß diese Drohung auf mich Eindruck macht. Man kann es ja darauf ankommen lassen, zu sehen, ob Leute hinter mir stehen oder nicht. Wenn die Herren in Berlin mir mit Gewalt drohen, so habe ich dafür nur ein Raden der bayerischen Vaterland nicht gegen das deutsche und nicht gegen das bayerische. Aber es geht um das Wohl des Reiches, des Reiches und um unsere Zukunft. Es ist die Wahl zwischen Sklaverei und Selbstständigkeit. Am Kampf um sie rufe ich zuerst die bayerischen Bayern. Es gilt nicht nur für Gott und Vaterland, für unser bayerisches Vaterland! Wir wollen kein Bestehen mit dem Reich, sondern ein Bestehen werden. (Stürmischer, nicht endemollender Beifall.)

Von der Obmänner-Versammlung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen.

Beide Organisationen, der Christl. Bauernverein und der Bayer. Bauernbund, sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß durch die vermorrenen Zustände in Bayern in einmütigen Jahren der Revolution durch die Gleichgültigkeit der Bevölkerung die strafliche Nachlässigkeit der Regierung, stellen und des höchsten Teiles der Vertreter Bayerns in der Nationalversammlung zu Weimar die Eigenart Bayerns als souveräner Staat vollständig verloren ginge. Bayern eine bloße Provinz des Reiches wurde. Beide werden unangenehm dahin streben, daß die verlorenen Rechte wieder zurückgewonnen werden. Um die Gefahren einer einseitigen Parlamentarität mit allen ihren Schattenseiten vom bayerischen Vaterland abzuwenden, streben beide Organisationen an: a) Initiativbestimmung des bayerischen Volkes über Verfassungsveränderungen, b) Abtretung bayerischer Rechte und Werte; c) Organisation der großen Bayernländer; Aufbau einer zweiten Kammer aus denselben.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.



Ein schwerindustrieller Zeitungstrust?

Wie dem „Vorwärts“ berichtet wird, haben die Herren Eugen Berg und Stinnes in Berlin den Verlagsvertrag begründet, der die Aufgabe hat, Zeitungen für die Schwerindustrie aufzukaufen. So ist vor einigen Wochen der große Verlag von Bürgenstein für den Preis von 12 1/2 Mill. M., in die Hände der Stinnes-Eugenberg-Gruppe übergegangen. Ebenso soll sich der gleiche Konzern nun auch zum Herrn des Scherlverlages gemacht haben, in dem neben zahlreichen illustrierten Zeitungen, wie „Woche“ und „Gartenlaube“, die großen Tageszeitungen „Berliner Lokalanzeiger“ und der „Tag“ erscheinen. Auch aus einer ganzen Reihe anderer deutschen Städte sollen bereits Nachrichten darüber vorliegen, daß dort mit großem Aufwand und immer von derselben Seite deutschnationale Blätter angekauft oder bestehende umgewandelt oder neue ins Leben gerufen werden.

Die Auslieferungfrage.

Die Auslieferungsliste.

Berlin, 5. Febr. Die von den hiesigen Morgenblättern veröffentlichte, vielfach veränderte Liste der von den Alliierten der Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen enthält u. a. folgende, mit einiger Sicherheit festzustellende Namen: Baron Albrecht von Bayern, vier Herren von Belon, darunter Otto von Belon, Graf Bernstorff, von Bessler, von Bethmann Hollweg, Otto von Bülow, E. v. Cavalle, Graf Cammer, von Demling, Demmler, Kemal Pascha, Emmer Pascha, Prinz Ernst von Sachsen, Reich v. Kallenberg, von Kallenberg, von Kallwitz, von Kallwitz, von Gemmingen, Alfred von Glasenapp, Graf Schäfer, von Sauten, von Saniel, Großherzog von Hessen, Reichsmarschall von Hindenburg, Prinz August von Hohenzollern, Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Oskar von Hohenzollern, Prinz Friedrich von Preußen, von Ludow, von Inaenob, von Linde, von Lohow, General Ludendorff, Feldmarschall von Madsen, Baron von Medlenburg, von Moltke, Reinhard Edeur, Laaht Pascha, von Tirpitz, von Trotha, Luelf von Tschepo, Graf Waldersee, Rimmermann.

Uebereinkunft der Auslieferungsliste durch den französischen Geschäftsträger in Berlin.

Paris, 5. Febr. (Gavas.) Die Botschafterkonferenz trat am Mittwoch gegen Mittag und Abend zusammen. Sie beschloß, auf das Schreiben des Herrn v. Versner nicht zu antworten und die Liste der Beschuldigten sowie das sie begleitende Schreiben, das auf die Einmündung der deutschen Note vom 25. Januar antwortet, durch Vermittlung des französischen Geschäftsträgers in der Wilhelmstraße übergeben zu lassen.

Das Schreiben von Versner an Milerand.

London, 5. Febr. (Gavas.) Die englischen Zeitungen veröffentlichten den Text des Schreibens des Freiherrn v. Versner an den Präsidenten der Friedenskonferenz Milerand. Es lautet folgendermaßen:

Paris, den 3. Februar 1920.

Herr Präsident! Ich habe heute mit dem Herrn v. Versner eine Note überreicht, die die Namen der Deutschen enthält, deren Auslieferung Sie a. und a. Mächte verlangen. Ich habe den Vertretern der a. und a. Regierungen achtmal schriftlich und dreizehnmal mündlich auf das Eindringliche die Gründe der Unmöglichkeit der Auslieferung dargelegt, wie immer auch die soziale Stellung und der Name der Beschuldigten sei. Ich rufe Sie, Excellenz, die Erklärungen, die ich beständig wiederholt habe, noch drücklicher in Erinnerung. Man wird keine deutschen Beamten finden, die sich hierzu hergeben würde, in irgend einer Weise zur Ausführung des Auslieferungsbefehls beizutragen! Es läge einer Weisung der deutschen Regierung übermitteln würde, und ich würde sie Ihnen beizufügen zurück. Ich habe meiner Regierung mitgeteilt, daß ich meine Funktionen nicht weiter ausüben kann und Paris mit dem nächsten Tage verlassen werde. Gehen Sie, Herr Präsident, die Verhältnisse meiner Hochachtung, ges. v. Versner.

von Versners Weisung aus Paris.

Paris, 5. Febr. (Wolff.) Herr v. Versner hat Paris Mittwoch abend 10 Uhr verlassen.

Ausdehnung der Preussischen Landesversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 5. Febr. (Wolff.) Die am 12 Uhr einberufene Sitzung wird erst um 2.10 Uhr eröffnet. Von der Regierung ist Minister Seine anwesend.

Präsident Leinert: Sie haben alle Kenntnis davon erhalten, daß gestern der deutschen Reichsregierung die Liste der nach Artikel 228 des Friedensvertrages den a. und a. Mächten auszuliefernden deutschen Staatsbürger ausgestellt worden ist. Aus diesem Anlaß hat sich das Volk eine ungeheure Erregung bemächtigt. Alle empfinden, daß das Verlangen der a. und a. Mächte die Ehre des deutschen Volkes auf das tiefste verletzt. Wenn wir auch den Krieg verloren haben, so haben wir doch damit unsere Ehre nicht verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Ueberzeugung aller Angehörigen des deutschen Volkes. Die schmachvolle Annahme der a. und a. Mächte hat die Reichsregierung immer als undurchführbar und unmöglich bezeichnet. Dem schließen sich das deutsche Volk und die Preussische Landesversammlung an. Sie sind überzeugt, daß es keinen Deutschen geben wird, der das unerhörte Verlangen der Entente erfüllen wird. (Lebh. Beifall.) Am Augenblick ist noch nicht bekannt, welche ansehnlichen Kriegsverbrechen die Entente den auf der Liste bezeichneten deutschen Staatsbürgern zur Last legt. Wir müssen also abwarten, unter welchen Umständen die Auslieferung verlangt wird, aber schon die Tatsache allein, daß die Entente die Bitte der Auszuliefernden überreicht hat, hat eine noch nie dagewesene ungeheure Empörung und Entrüstung im Volke ausgelöst. (Lebh. Zustimmung.)

Erstarrten von diesem einmütigen Empfinden unferes so schwer leidenden Volkes und um ihre Einmütigkeit mit dem Volke festzustellen und der unangenehmen Trauer Ausdruck zu geben über das entsetzliche Unsinne, das nur in der maßlosen Nachlässigkeit eines übermütigen Genies seine Erklärung findet (Wegwinken), haben die Mitglieder der Preussischen Landesversammlung mit Ausnahme einer Partei mich beauftragt, Ihnen voranzuschauen, die heutige Sitzung aufzuheben. (Lebhafte Beifall des ganzen Saales, das die Ansprache mit Ausnahme der Unabkömmlichen lebhaft anhört.)

Abg. Adolf Hoffmann (N. S.) beruft sich mit schweren Worten das Vorhaben der a. und a. Mächte, verlangt aber im Namen seiner Fraktion, daß die Tagesordnung erledigt werde.

Das Haus scheidet deshalb zur Abstimmung. Die Aufhebung der Sitzung wird mit Ausnahme der N. S. R. beschlossen.

Mächte Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Anfrage und heutige Tagesordnung.

Meinungen des sächsischen Ministerpräsidenten.

(Von unserem Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 5. Febr. Der Ministerpräsident äußerte sich zu der Frage, wie sich Sachsen zu der Auslieferung stellt, u. a. wie folgt: Ich sehe nicht, wie ich zu solchem Verfahren meine Hand bieten könnte und ich möchte auch beweisen, daß sächsische Beamte entsprechenden Weisungen folgen würden. Es gibt nur einen Ausweg. Das ganze Volk muß sich einmütig gegen die Auslieferung erklären. Es muß den wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmitteln der Gegner mit ruhiger Entschlossenheit und der Bereitschaft zu jedem Opfer entgegenstehen.

Die Haltung der schweizerischen Presse.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 5. Febr. (Wolff.) Die Schweizer Presse hält teilweise noch mit ihrem Urteil zurück, gibt aber in großer Aufmachung alle Meldungen in der Auslieferungfrage wieder. Die „Nationalzeitung“ weist in einem der allgemeinen Reaktionen von Versailles gemäßigten Artikel noch einmal darauf hin, daß der Satz die Waffe der Schwächlingen sei und fragt, ob man glaubt, daß ganze Völker in alle Ewigkeit ohnmächtig bleiben.

Stimmen der französischen Presse.

(Eigener Drahtbericht.) Paris, 5. Febr. (Wolff.) „Petit Parisien“ schreibt: Die Geste des Herrn von Versner, der gerne solche Allüren anzunehmen pflegt, hat, zunächst betrachtet, einen rein persönlichen Charakter. Man muß der Enttäuschung Rechnung tragen, die er empfunden haben wird, als auf den Posten eines deutschen Geschäftsträgers nicht er, sondern Dr. Mayer berufen wurde. Der Wunsch, bei den allmächtigen alldeutschen Kreisen in der Wilhelmstraße gut angezusehen zu sein, oder durch eine auffehnerregende Herausforderung ihre Begeisterung hervorzurufen, wird das übrige beigetragen haben. Dadurch aber, daß sich an das Vorgehen des Herrn von Versner eine nationale deutsche Bewegung knüpft, überschreitet dieser Theatercoup den Rahmen eines persönlichen Falles. Das Kabinett Bauer hat vielleicht auch die Hoffnung gehabt, daß diese Haltung die Alliierten zu einem Zurückweichen auf die Vorschläge der deutschen Regierung veranlassen werde, was auch den Zweck der Veröffentlichung der Note hinsichtlich der Ausführung des Artikels 228 durch das B. L. D. erklären könnte. Angesichts dieser Sachlage hat der Rücktritt des Herrn von Versner eine erhöhte Bedeutung.

Ein Vertreter des „Journal“ hatte eine Unterredung mit einer Persönlichkeit, deren Amt es gestattet, mit unbedingter Autorität über die Gründe zu sprechen, die Herr von Versner zum Rücktritt veranlassen. Zwei Männer vor allem sind gegen den Artikel 228 aufgestanden, Graf Bernstorff und von Saniel, deren Vorgesetzter Herr v. Versner bei Kriegsausbruch bei der deutschen Botschaft in Washington gewesen und deren Freund er geblieben ist. Es sei deshalb nicht erstaunlich, daß er die gleiche Auffassung von der deutschen Ehre habe wie die beiden Männer. Andererseits steht Herr von Versner in langjährigen Beziehungen zu mehreren der Männer, deren Auslieferung verlangt wird. Mit einem der selben ist er verwandt. Es ist noch beizufügen, daß Herr von Versner seit seiner Ankunft den Geschäftsträgerposten in Paris anstrebt.

Eine bemerkenswerte englische Stimme.

Amsterdam, 4. Febr. „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel zu der Frage der Auslieferung der Deutschen, die beschuldigt sind, Kriegsverbrechen begangen zu haben, man könne nicht verstehen, wie vernünftige und ehrliche Leute anders als mit Vorzorn die Auslieferungsforderung der alliierten Regierungen in der Form, wie sie gemeldet wurde, betrachten könnten. Es seien wirksamste Anzeichen dafür vorhanden, daß die drohende Aktion der Alliierten in Deutschland größere Unruhen erzeuge als alle anderen Maßnahmen, die der Friedensvertrag mit sich gebracht habe. Das Blatt tritt dafür ein, daß der Gerichtshof aus neutralen Richtern zusammengesetzt werde und daß Männer aller Nationalitäten, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, und nicht nur Deutsche, vor diesen Gerichtshof zur Verantwortung gezogen werden, denn Deutschland müsse überhaupst werden, daß Gerechtigkeit und nicht Rache gesucht werde.

Der Kaiserprosch.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 5. Febr. „Telegraaf“ meldet aus London: Sir Audland Geddes erklärte in einer in Antwort gehaltenen Rede, die englische Regierung ist fest entschlossen, den ehemaligen deutschen Kaiser aus den Niederlanden vor Gericht zu bringen, und wenn er verurteilt wird, das Urteil auch auszuführen. Wenn jedoch die Niederlande auf Grund internationaler Gesetze die Auslieferung weiterhin verweigern und diesem Manne einen Aufenthalt innerhalb des niederländischen Gebietes gewähren, dann müssen wir sagen, daß er nicht auf holländischem Gebiet in Europa bleiben darf, sondern nach einer der Niederlande gehörenden Insel außerhalb Europas geschickt werden müsse.

Keine Zwangsmassnahmen gegen Holland.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 5. Febr. Laut „Nieuwe Courant“ meldet der diplomatische Berichterstatter des Lloyd George-Blattes, „Daily Chronicle“, die alarmierenden Gerüchte bezüglich einer beabsichtigten Blockade der Niederlande oder eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen für den Fall, daß Holland sich von neuem weigert, den vorläufigen Kaiser auszuliefern, entsprechen nicht den Tatsachen.

Auswärtige Staaten.

Note Englands und Frankreichs an Serbien.

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 5. Febr. (Wolff.) Der „Corriere della Sera“ erzählt aus Paris: Die Regierungen von Frankreich und England werden unter dem Namen der Völkerbund Delegation in Paris bei der Völkerbund Konferenz ihre Auffassung über die ausweichende Antwort vom 28. Januar wissen lassen. Die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Englands werden der Regierung Davidowitsch eine Note überreichen, in der sie angedeutet wird, unausgesprochenen Kompromiß oder der Ausführung des „Londoner Vertrages. Dieser Schritt soll heute oder spätestens morgen erfolgen.

Schwere Niederlagen der Bolschewisten.

Archangel, 5. Febr. Ein am Mittwoch aus Odessa eintreffendes Radiotelegramm meldet, daß die Bolschewisten, die versuchten, den Don zu überschreiten, von den Truppen Denikins aufgeschlagen wurden. Denkin machte 8000 Gefangene und erbeutete 60 Kanonen und 150 Maschinengewehre. Die bolschewistischen Truppen wurden zerstreut und ihre Kavallerie ging über den Don zurück. Den Train und die Maschinengewehre im Stiche lassend, rückte Denkin von Welikofina (nördlich Kaschafala) vorwärts die angrenzenden Bolschewisten zurückgeschlagen. Sie verloren 13 Kanonen, zahlreiche Maschinengewehre und 1500 Gefangene. Die Truppen Denikins verfolgten die flüchtenden Bolschewisten.

Handelsverträge der Union und Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Sankt Petersburg, 5. Febr. (Wolff.) „Nieuwe Courant“ meldet aus New York, daß die amerikanische Handelsassoziation zur Schaffung von Absatzmärkten in Rußland Staatssekretär Lansing ersuchte, an genehmigen, daß Schiffe mit Rabunagen nach Rußland sofort aus den Vereinigten Staaten abfahren. Wenn dieses Ersuchen abgelehnt werden sollte, dann werde die Assoziation ein gerichtliches Urteil herbeiführen, durch das der Wiederaufbau des Handels mit Rußland gestillt werde.

Die skandinavische Ministertagung.

Kopenhagen, 5. Febr. (Wolff.) Das Außenministerium verbreitet folgendes Communiqué: Auf Einladung der norwegischen Regierung fand vom 1. bis 4. Februar in Christiania eine Zusammenkunft zwischen den Staatsmännern und Außenministern Dänemarks, Schwedens und Norwegens statt. Hierbei wurde eine Anzahl Fragen von gemeinschaftlichem Interesse verhandelt. Es wurde die Frage betr. den Beitritt in den Völkerbund besprochen. In Verbindung mit dem Meinungsaustrausch hierüber wurden die Bestimmungen des Völkerbündereinkommens verhandelt, die für die kleinen, während des Krieges neutralen Länder besonders bedeutungsvoll sind. Dabei wurde Uebereinstimmung bezüglich der Auffassung dieser Bestimmungen festgestellt. Ferner wurde die Frage betr. die Anerkennung gewisser neugebildeter Staaten besprochen. Es setzte sich eine Einigung darüber, wie die drei Regierungen sich auf dieser Frage verhalten werden. Bei früheren Ministertagungen wurde eine Uebereinstimmung über die handelspolitische Entwicklung der verflochtenen Welt erreicht. Es wurden auch Maßnahmen besprochen, die ergriffen werden sollen zum Schutze gegen gewisse neuerliche Maßnahmen zum Schutze des Exportinteresses der drei nordischen Länder. Bezüglich der Initiative der Finanzexperten auf der Zusammenkunft in Amsterdam, auch an die drei nordischen Regierungen Anforderungen wegen Einberufung einer internationalen Konferenz zu richten, war man sich darüber einig, dem Gedanken seine Zustimmung zu geben. Ferner einigte man sich über die Abhaltung einer Konferenz von Sachverständigen der drei Länder, auf der gemeinschaftliche Maßnahmen besprochen werden könnten hinsichtlich der Preisvolatilität im Verhältnis zu der ausländischen Valuta. Weiter wurde die Frage bezüglich der sozialpolitischen Zusammenwirkens der skandinavischen Staaten behandelt.

Rumänien.

Bukarest, 5. Febr. (Gavas.) Die rumänische Regierung hat den Befehl zum Rückzug der Befehlstruppen aus Unkar gegeben.

Aus den Parteien.

Der Demokratische Verein Forchheim (b. Karlsruhe).

hielt am Sonntag in der „Ferne“ seine Generalversammlung ab. Nach Vertagung der Anwesenden durch den 1. Vorsitzenden, Stephan Nimmelspacher, erhaltete der Schriftführer des Vereins, Hauptlehrer Ostler Nleaaun, den Bericht über das vergangene Jahr. Daraus war zu entnehmen, daß der Verein im Jahre 1919 eine rege Tätigkeit entfaltet hatte. Es wurden abgehalten zwei Vorstandssitzungen, 13 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Volksversammlung. Der Kassier, Wilhelm Kästel, hat hierauf ausführlichen Bericht über den Stand der Finanzen. Bei den Wahlen wurde die bisherige Vorstandschiff wieder gewählt: 1. Vorsitzender Stephan Nimmelspacher, 2. Vorsitzender Karl Schröder, Schriftführer Oskar Nleaaun, Kassier Wilhelm Kästel, Beisitzer: Treiber, Nimmelspacher, Bodemer, Landhäcker und Müller. S. R.

Zur Landes-Schulkonferenz.

Der Badische Lehrerverein hat den nächsten Woche in Karlsruhe beginnenden Landes-Schulkonferenz beraten sollen, folgende Begründung

Beleggeden: „Kulturarbeit ist nur dadurch möglich, daß sich die Menschen zu Nationen zusammenfinden. Ohne diesen Rahmen würde alle Arbeit ins Uferlose und Gestaltlose unfruchtbar verfliegen. Die Geschichte hat es noch immer bestätigt, daß dort, wo eine Nation imperialistisch über sich hinausgreift, die gebärenden Kräfte dieser Kultur erschaffen; daß nur noch wahr bleibende, aber innerlich leere Ausbreitung stattfindet; daß damit Verfall und Entmoralisierung der Kultur eintritt. Aber Imperialismus ist der Anfang vom Ende einer Kultur. Die sittlichen und religiösen Ideale der Kulturmenschen sind zwar Mittelpunkt für alle; die praktische Arbeit zur Verwirklichung der Ideale oder doch zur Annäherung an sie kann aber nur im engeren Kreise der Nation erfolgreich geleistet werden. Jede Nation hat nach ihrer Eigenart ein bestimmtes Arbeitsfeld der Kultur, besonders zu klären. Diese besondere Arbeit kann von keiner anderen Nation übernommen werden, da sie nur einer bestimmten Eigenart entspricht. Geht ein Kulturgebiet der Menschheit brach liegen; dann ist es kein Werk der Menschheit, sondern der Nation, die es hierfür geerntet hat; der Verlust kann nicht ersetzt werden. Alle Kulturarbeit ist an nationalen Aufeinanderbau gebunden; das ist ein Gesetz der Menschheitsentwicklung, das uns die Geschichte lehrt hat. Mit dieser Erkenntnis wird der nationale Aufeinanderbau zu einer Pflicht der Menschen. Es handelt sich bei wahrer Nationalismus nicht um bloße Erwerbspolitik, sondern über andere Nationen, noch um eine Ueberhebung über andere Nationen, sondern es handelt sich um die Ermöglichung derjenigen Kulturarbeit, die eben nur von einer bestimmten Nation zum Wohle der Menschheit geleistet werden kann. Dieser sittliche Auftrag den die Nation von der Geschichte, von der Vorsehung erhalten hat, gibt ein Ziel der Nation, Bestimmung zum Ziele. Das Bewußtsein dieser Kulturmission ist die Idee, die aus einer Horde von Menschen ein Volk, eine Nation macht. Solange ein Volk an diese Nationalidee

glaubt, bleibt es bestehen, besteht es, und sei es auch politisch eine zeitlang gescheitert. Gibt ein Volk seine Idee auf, verliert es den Glauben an seine Kulturmission, erschläft sein Wille zur Verwirklichung seines sittlichen Auftrags, so ist das Volk schon aufgelöst, selbst wenn es noch eine zeitlang Welt Herrschaft ausübt.

Mit seinem einheitlichen nationalen Willen steht und fällt ein Volk; deshalb müssen alle politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Bestrebungen darauf sein, diesen Willen zu stärken und zu formen. Uns bleibt nur eine Wahl: in der großen Not der Zeit hängt unsere Gegenwart und Zukunft davon ab, wie weit es uns gelangt, in Politik, Wirtschaft, Erziehung uns auf die Idee der Kulturmission einzustellen.

An der Bildung solcher Willens mitzuhelfen, ist die vornehmste Aufgabe der Erziehung. Erziehung ist demnach nicht nur eine Aufgabe der Eltern und Lehrer; sie ist die heiligste Angelegenheit der ganzen Nation. Es muß ein Geschlecht herangebildet werden, wo jeder Einzelne mit jeder seiner Handlungen dem Volksganzen sich verantwortlich fühlt; wo jeder Einzelne Sinn und Bewußtsein seines Daseins erhält durch seine Beziehung zum Volksganzen. Die Gemeinschaft ist ihm Lebensbedeutung, Schwerpunkt, Gleichgewicht; ihr allein dankt er seine Menschenwürde; denn durch sie allein nimmt er teil an der Kulturarbeit der Menschheit, erhebt er sich aus den engen Schranken des Einzelnen ins Ueberpersönliche.

Keineswegs bedingt dies aber eine einseitige Handhabung der Erziehung. Am Gegenteil: der Kulturmission des Volkes kann nur genügt werden, wenn die reiche Mannigfaltigkeit seiner Kräfte sich entfalten kann in einem vielseitigen Erziehungssystem. Dieser Organismus aber muß von einem einheitlichen Willen durchströmt werden; er darf nicht selbstthätigen Massenabsonderungen dienen; alle seine Glieder müssen als gleichwertig anerkannt werden im Hinblick auf die Gesamtarbeit des Volkes.

Das ist der Sinn der Einheitschule: Einigung des Einzelnen in den Kulturwillen des Volkes um dessen Kulturmission willen.

Der Erziehung, wie sie hier aufgefaßt, kann nur ein Lehrerkollegium genügen, der für seine Aufgabe die gebieterische Ausbildung erfahren hat. Für alle Lehrgattungen muß deshalb die denkbar beste erziehungswissenschaftliche Ausbildung auf der Hochschule verlangt werden. Ganz besonders ist dies für den Volksschullehrer zu fordern. Nämlich ist die öffentliche Erziehung des größten Teiles (95 Prozent) der Volksschüler anvertraut; ihm werden die Kinder in einem frühen Alter übergeben, wo der Reglung von sich aus noch keinen Willen, kein Urteil dem Erzieher entgegenzusetzen hat; wo also jede Erziehungsbearbeit am tiefsten und nochthätigsten einreißt; wo jeder Fehler, den der Erzieher und Lehrer in der Bildung des Willens und des Verstandes begeht, verhängnisvoll werden kann.

Die Erziehung der Jugend ist Angelegenheit des ganzen Volkes; sein Blick kann sich der Verantwortlichkeit dafür entziehen. Zunächst an der Erziehung beteiligt sind: die natürliche Umgebung der Familie, die geschichtliche Gegebenheiten der Schule und Konfession; in diesem Sinne sind sie die Erziehungsberechtigten. Mit diesem Ausdruck aber darf nicht verwechselt werden, daß Familie, Schule und Konfession Glieder des Ganzen sind, nachgebend, richtunggebend, ausschlaggebend ist die Volksgemeinschaft. Von ihr ist die Jugend in ihrem zeitlichen Wesen den Erziehungsberechtigten zur Erziehung überliefert. Eltern, Lehrer, Geistliche sind der Volksgemeinschaft verantwortlich. Die Volksgemeinschaft verleiht ihr im Staate; deshalb ist die Einrichtung der Schule Sache des Staates; der alle in derselben Willensrichtung zusammenzufassen.

In einer Gemeinschaft ist jeder Diener des Ganzen; das ist seine Ehre, seine Würde, seine Pflicht. Deshalb ist eines jeden Arbeit der Willensarbeit nach gleichwertig der jedes anderen. Jeder findet sich zurecht an dem gemeinsamen Richtungsziel. Die Idee der Gemeinschaft allein ist Befehlender; durch sie steht zu ihr in unmittelbarer Beziehung jeder freiwillige Einigung in den Gemeinwillen.

Daraus folgt, daß nur Selbstverpflichtung einen Erfolg verbriefen kann; nur sie läßt den Willen strömen; Befehlsarbeit fesselt und erschläft ihn. Am allerersten muß das betont werden auf dem Gebiet der Erziehung; denn hier soll sich in der Willen des Jünglings entfalten am Willen des Erziehers. Wie wäre das möglich, wenn nicht die vollste Selbstverantwortlichkeit den Willen des Erziehers auf straffte anpaßte? Wenn nicht von früh an der Willen des Jünglings auf Selbstverantwortlichkeit gestellt würde?

Der Dienst der Volksgemeinschaft verlangt die Eingebung des ganzen Menschen. Die Erziehung muß den ganzen Menschen erfassen. Erziehung ist ja vor allem Erziehung des Willens; sie kann nicht durch Unterricht und Beispiel allein geziehen. Der Wille muß auch durch persönliche Betätigung erfaßt werden. Die körperliche Erziehung dient nicht nur der Gesundheit; sie ist ebenso wichtig für die Bildung des Willens und (durch Spiel, Sport, Tana) auch für die Ausbildung des Gefühlslebens, ist also auch ästhetische Erziehung.

Die Jugend wird nicht nur durch Familie, Schule und Kirche erzogen. Von weit her greifender Wirkung ist der Umgang, ist die Gesellschaft. Das ist besonders für die schulentlassene Jugend. Die Gebahren und die Güter des Lebens dürfen in ihrer Wirkung nicht dem Zufall überlassen bleiben; dieser große Bildungswert und die gewaltige Bildungswirkung der Gesellschaft müssen für die Jugend zusammengefaßt werden im Jugendamt. Seine Einrichtungen führen die Jugend allmählich in die selbstthätige Betätigung in der Volksgemeinschaft ein. Welche Maßregeln nun auch getroffen werden; sie werden ihren Zweck erreichen, wenn sie vom Gemeinwillen erfüllt sein werden; sie werden ihren Zweck verfehlen — und seien sie noch so häufig ausgenommen — wenn der Wille zur Gemeinschaft fehlt.

Die Landes-Schulkonferenz kann das große Werk einer Neuaufstellung des Erziehungswesens, die uns so bitter noch tut, nicht im einzelnen durchführen. Was sie aber bewirken kann, ist, daß sie einmal alle Berufsstände unserer Volksgemeinschaft der Erziehungsaufgabe unmittelbar gegenüberstellt; daß sie in allen das Gefühl der großen, ehlen Verantwortlichkeit hierfür weckt; daß sie dadurch den einheitlichen Erziehungswillen im Dienste der Volksgemeinschaft färbt.

Aus Baden.

Amthliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat den am Präsidenten der Gesamtschulischen Landes-Schulkonferenz am 1. Februar amtspräsident Dr. Rudolf Muehler in Freiburg auf den Zeitpunkt des erfolgten Antritts des neuen Landespräsidenten Dr. Richard Kurmann am Landes-Schuldirektor in Mosbach ernannt.

Karlsruhe, 5. Febr. Der Verband badischer gewerblicher Kraftwaagenbesitzer, der sich vor einigen Wochen gegründet hat, hat in einer Entschliessung auf das schärfste gegen



Die Verordnung über die Einschränkung des Kraftwagenverkehrs am Sonntag und Feiertagen und zur Nachtzeit...

Dummersheim, 5. Febr. Die Vitallieder der gemeinnützigen Bauernoffenschaft von hier...

Mannheim, 5. Febr. Am Luftschiffbauverein der Firma Lanza...

Geiselsberg, 5. Febr. Am starken Nebel verriet ein auf See fahrendes Redarsschiff an der alten Brücke...

Geiselsberg, 5. Febr. Einem hiesigen Landwirte wurden 13 000 M in Gold- und Silberminen abgehoben.

Emmeningen, 5. Febr. Bei einer Kauferei stießen jungen Mädchen einer von seinem stolzen Gebrauch...

Wadenweiler, 5. Febr. Die sogenannten Geismarschen Wiesen, die an eigenen Großgrundbesitzern...

Bad Dürrenheim, 4. Febr. Gestern kam es hier zu Demonstrationen der Anwohner des Neerfelds...

Die Gemeindeverwaltung hat beschlossen, die im Jahre 1919 auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung...

Aus dem Stadtkreise.

Geheimrat Johann Ferdinand Freiherr von und zu Bodman ist in seiner Vaterstadt Freiburg im Alter von 81 Jahren gestorben.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Richard Kurmann ist zum Landesgerichtsdirektor am Landgericht in Mosbach ernannt worden.

Die Leitungsübernahme im Fernverkehr sind zum größten Teil wieder gehoben. Die Leitungen nach dem Rheinland...

Zur Kaiserpreisermäßigung der Kriegsschadhaften teil uns der Reichsbund der Kriegsschadhaften...

rufsfähigkeit auszuweisen, wenn nicht ganz freie Fahrt, so doch eine Ermäßigung erhalten sollten.

Glücksbund eloh-lothringischer Flüchtlinge. Ritzlagte im Saal zum Elefanten hier die jährliche Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe...

Das Schillertheater Buertheater im Colosseum steht in hohem Scherzen wieder seine Besucher an, die in den Vorstellungen dieser Truppe vor allem die Ur...

Der Verband weißtlicher Handels- und Büroangestellter Dr. Karube Karlsruhe, feierte am Sonntag den 10. Jahrestag...

Der Verband weißtlicher Handels- und Büroangestellter Dr. Karube Karlsruhe, feierte am Sonntag den 10. Jahrestag...

Der Verband weißtlicher Handels- und Büroangestellter Dr. Karube Karlsruhe, feierte am Sonntag den 10. Jahrestag...

Der Verband weißtlicher Handels- und Büroangestellter Dr. Karube Karlsruhe, feierte am Sonntag den 10. Jahrestag...

Zimmer in Gombura gehaltene Vortrag über den Wiederaufbau der deutschen Lieferstellung.

Ein Rückblick kann uns Anleitsung für die Zukunft geben. Die noch bis Ende der 90er Jahre andauernde Auswanderung wurde durch unsere Industrie...

Ran kann seinen Glauben in unsere Welt haben, wenn immer noch die Mäßigkeit besteht, daß wir von außen unseres Notwendigen bebaut werden.

Es wird für uns notwendig sein, das Deutsche im Ausland zu stärken. Eine große Unterstützung unseres Ansehens in den Lieferländern...

Arbeiterbildungsverein. Am Montag abend sprach vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft Spezialrat...

Der Verband weißtlicher Handels- und Büroangestellter Dr. Karube Karlsruhe, feierte am Sonntag den 10. Jahrestag...

Der Verband weißtlicher Handels- und Büroangestellter Dr. Karube Karlsruhe, feierte am Sonntag den 10. Jahrestag...

Diebstahl. Wegen Fortdiebstahls wurde ein Tagelöhner aus Mühlburg, der im Höchstmaß einen Kirchbaum fällte...

Verhaftet wurden: Zwei Handelsmänner aus Prag wegen Schleichhandels mit Tabak...

Veranstaltungen. Der Karlsruher Ruderverein vom 1879 veranstaltet am kommenden Sonntag...

Der Verein Deutsche Frauenlektüre und Kultur veranstaltet unter der benevolent Leitung von Frau...

Im Café-Restaurant Sildensand, Badstr. 8 findet heute abend 8 Uhr ein Konzert unter Leitung von...

Standesbuch-Ausgabe. Eheschließungen. 5. Febr.: Josef Schloß von Kapf...

Todesfälle. 5. Febr.: Walter, alt 13 Tage, Vater Jakob Schäfer, Maasstr.-Schreiber.

Verdammungswort und Tränen der erwachsenen Arbeiterinnen. Freitag, 5. Febr.: 9 Uhr: Barbara B...

Freitag, den 6. Februar 1920. Bad. Landestheater. Die Conditoren. Anfang 7 Uhr.

Colosseum. Badstr. Schillertheater Buertheater: Der Herr Schloßmann. Anfang 7 Uhr.

Café Sildensand. Konzert, nachmittags und abends. Friedrichshoffaal. Experimental-Abend, abends 8 Uhr.

Reichsbund der Kriegsschadhaften. Monatsversammlung im kleinen Nebensaal, abends 8 Uhr.

Fußballklub Phönix. Mitgliederversammlung im „Vornraden“, abends 8 Uhr.

Fußballklub Mühlburg. Verabredung für Spiel im Klubhaus, abends 8 Uhr.

Vom Wetter. Wetternachrichten. der bad. Landeswetterdienstes in Karlsruhe.

Am Grundland- und untertelegtaubler Meldungen. Beobachtungen vom Donnerstag 5. Februar 1920 8 Uhr morgens (M. G.).

Table with columns: Ort, Vultor, NN, mm, Wind, Wetter, Niederst. 24 Std. mm.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7 Uhr morgens) Karlsruhe Seehöhe 127 m.

Table with columns: Vultor, NN, mm, Wind, Wetter, Niederst. 24 Std. mm.

Schnelshöhe: 122 Zentimeter. Außergewöhnliche Fernsicht.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Über ganz Mitteleuropa erobert sich ein hohes Hochdruckgebiet mit einem Kern von 780 mm über Holland.

Zuckooh Crème advertisement with logo and text.



